

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.
Abonnementspreis 65 Pfennig vierteljährlich
auschl. Postbestellgebühr.

Leipzig, den 30. Mai 1908.

Anzeigen im „Korr.“ kosten: die viergespaltigen
Nonpareillezeile 25 Pfennig;
Veranstaltungsanzeigen sowie Arbeitsmarkt
aber nur 10 Pfennig die Zeile.

Nr. 62.

Abonniert auf den „Korr.“!

Er ist für die Kenntnis der gewerblichen, organisierten und tariflichen Verhältnisse und ihrer Entwicklung unentbehrlich. Preis vierteljährlich nur 65 Pf., für zwei Monate 44 Pf., für einen Monat 22 Pf. Bestellungen bei allen Postanstalten.

Sechste Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Köln a. Rh., 26. Mai.

Zweiter Tag.

Döblin eröffnet kurz nach 9 Uhr die Sitzung.

Zum ersten Teile des Punktes II: „Besprechung über die allgemeine und tarifliche Lage“, erhält Schliebs als Sekretär des Tarifamtes das Wort. Er nimmt darauf Bezug, daß er schon in Dresden über dieses Thema habe sprechen müssen. Heute sei die Situation wohl anders, aber nicht besser; denn in Kollegenkreisen sei vielfach die Meinung vertreten, daß die Tarifgemeinschaft nicht nützlich, sondern eher schädlich sei, obwohl die Zugeständnisse und die Erfolge nie so weitgehende waren als bei der letzten Tarifrevision. Für die Verteuerung der Lebensmittel können die Prinzipale aber doch nicht verantwortlich gemacht werden. Man hat vor zwei Jahren ja eigentlich mit einer nur 7 1/2 prozentigen Lohnerhöhung gerechnet. In den Versammlungen werden oft die unverständigsten Anträge gestellt sowie Beschlüsse gefaßt und Verurteilungen gefällt. Wenn die Gehilfen dies als ihr Recht betrachten, dann hätten die Prinzipale aber auch das gleiche Recht. Dann wären aber keine 10 Prozent herausgesprungen, am allermeinsten bei einem Kampfe. Deshalb sei es auch unbegründet, daß man z. B. in Berlin damals diese Zugeständnisse abgelehnt habe. Bedauerlich sei es, daß Versammlungen sich über die realen Tatsachen so hinwegsetzen, daß solche Resolutionen gefaßt werden könnten. Den Personen, die die Sache am besten kennen, werde kein Glaube geschenkt, wohl aber jedem kräftig losgehenden Versammlungsredner zugestimmt. Als dann Ruhe eingetreten und man sich mit den Ergebnissen abgefunden hatte, traten die Sparten auf. Die Maschinenseher machten den Anfang.

Die Wiedereinführung des Berechnens an den Sechsmaschinen für Zeitungsbetriebe habe jedoch von vornherein für die Gehilfen nicht große Bedeutung gehabt. Nur wegen des Arbeitgeberverbandes, der eine Weiterentwicklung der Maschinenarbeit gefordert hätte und damit bei allen Industriellen Anhang fand, sei das Berechnen an den Sechsmaschinen in Zeitungsbetrieben wieder als zulässig erklärt worden. Als Gehilfe hätte man freilich befürchten können, daß die Maschinenseher dem Berechnen Vorzug leisten würden, denn 50000 Buchstabenleistungen pro Tag seien den Prinzipalen schon versprochen worden. Jetzt stehen in ganz Deutschland aber nur zwölf Zeitungsmaschinenseher im Berechnen. Befürchtungen betreffs des Berechnens sind also ganz hinfällig gewesen. Mit dem Bugen der Maschinen außerhalb der Arbeitszeit wäre das selbe zugestimmt. Nur 50 Firmen lassen es auf diese Weise ausführen. Das Reinigen der Matrizen, wie in dem Geschäftsberichte der Maschinenseher behandelt, sei ganz anders zu verstehen. Jener Bericht des Tarifamtes sei hinfällig geworden. Die Überstundenarbeit der Maschinenseher sei schon so schlimm geworden, daß schon das Doppelte an Wochenarbeitsstunden als Überstunden geleistet worden ist. 33 Mk. und 40 Mk. sind an Überstunden herausgeschlagen, dem betreffenden Prinzipal aber verweigert worden, Schichtwechsel einzuführen, weil angeblich keine Arbeitskräfte vorhanden. Die nervenzerrittende Arbeit der Maschinenseher sehe in der Wirklichkeit also oft ganz wunderbar aus. Der Geschäftsbericht enthalte zwar an Angriffen gegen das Tarifamt und den Tarifauschuß genug, selbst zur Zufriedenheit erledigte Punkte seien aufgeführt, aber von solchen markanten Fällen nichts. In Sachen der verteilungsfähigen Arbeitszeitverkürzung stehe fest, daß der Tarifauschuß dieselbe nicht im ändern Sinne genehmigt habe, als wie dies vom Tarifamt kommentiert sei. Betreffs der Bezahlung der Sonntagsarbeit kann von einer

Auslegung durch das Tarifamt nicht geredet werden, denn der Tarif enthalte überhaupt keine Bestimmungen darüber, daß Sonntagsarbeit auch noch mit der Entschädigung als Überarbeit zu belegen ist. Mussial habe mehrere solcher Spitzfindigkeiten in den Bericht gebracht. Seine Kampfweise gegen Bürgenstein, den Vorsitzenden des Tarifamtes sei sehr bedauerlich. Eine Opposition in Prinzipalstreifen gegen einen so verdienten Mann an der Spitze der Prinzipale von Gehilfen zu entfachen, wäre beispiellos. Aus dem ganzen Geschäftsberichte spreche eine Überhebung sondergleichen. Mussials Aussprüche darin seien oft erstaunlich. Die oberste Tarifbehörde schädige nach dieser Auffassung nur die Interessen der Gehilfenchaft. Ob aber das, wie Mussial arbeite, im Interesse des Verbandes liege, bezweifle er (Schliebs) denn doch sehr. Man soll sich nicht auf den Standpunkt stellen, die Sparte der Maschinenseher hätte die höhere Löhne durchgedrückt, sondern der Verband ist es gewesen. Die Maschinenseher hätten nur alle Chancen für sich gehabt. Die geringe Zahl der vorhandenen Maschinenseher begünstige das noch. Man wolle aber ansehend eine gewisse Absperrung vom Maschinenseherberuf erreichen. Die Sparten sollten doch nicht immer nur ihre Interessen in den Vordergrund drängen, sondern auf die Allgemeinheit auch Rücksicht nehmen. Er stelle sich auf den Standpunkt, daß je höher die Löhne der Spartenkollegen steigen, das Lohnniveau der andern Gehilfen sinke.

Schliebs bringt sodann den Fall eines Leipziger Korrektors zur Sprache, der wegen wiederholten schlechten Lesens entlassen worden sei. Das Tarifamt habe den leinerzeitigen Beschluß aber nicht veröffentlicht; deshalb kann auch nicht gesagt werden, daß Tarifamt habe den Grundjah ausgeübt, der Korrektor sei in jedem Falle für schlechte Korrektur haltbar. Die Leipziger Korrektoren hätten trotz erhaltener Zusicherung, daß nach näherer, besserer Kenntnis der Sache auch das Tarifamt anderer Ansicht sei, aber dennoch die Angelegenheit in den „Korr.“ gebracht. In Chemnitz habe man erklärt, daß eine Kontrolle der Korrektoren unstatthaft sei und stark in Entwertung gebracht. Der betreffende Korrektor habe aber schon vor dieser Affäre ohne Widerspruch eine Kontrolle über sich ergehen lassen. Eine Kontrolle der Korrektoren lasse sich manchmal nicht umgehen, denn sonst könne man ja auch keinen Maßstab zur Beurteilung besitzen, ob dem betreffenden nicht zuviel zugemutet sei. Das Tarifamt habe sich dem in Frage kommenden Chemnitzer Prinzipale gegenüber nur geäußert, daß tariflich eine Kontrolle zulässig sei. Das sei der prinzipielle Standpunkt, weil Kontrolle im allgemeinen für statthaft erklärt worden ist. Seit 1904 habe man in jener Druckerei in Chemnitz sich freiwillig einer Kontrolle unterworfen. Jetzt, wo schikanöse Kontrollzettel in den deutschen Druckereien nicht mehr existieren dürfen, fühle man sich auf einmal beschwert bei einer gelindern Kontrolle und mache dem Tarifamte heftige Vorwürfe. Schliebs kommt ferner auf einen Berliner Fall zu sprechen und verbindet die Kommentierung betreffs Befolgung geschäftlicher Anordnungen seitens der Gehilfen. Die Gehilfen hätten sich hier sogar geweigert, ihre Namen auf die Korrekturabzüge zu schreiben. Aus dieser Weigerung sei die Kommentierung entstanden, die Mussial als unter der Gesindeordnung stehend bezeichnet habe.

In Eberswalde, wo der Tarif und die Organisation schwer zu kämpfen haben, sei aber das Unglaublichste geschehen. Dort habe sich ein Maschinenseher geweigert, eine Notiz mit einer vielleicht ungehörigen Bemerkung über die Matzeiernden zu setzen. Ein anderer Maschinenseher habe sich dieser Weigerung angeschlossen und schließlich hätten die übrigen Gehilfen das gleiche getan, so daß es zu Entlassungen kam. Der Fall mache jetzt die Kunde durch alle gewerkschafts- und tarifrechtlichen Blätter. Der betreffende Gehilfe sei, was sich nachträglich erwies, aber gar nicht würdig, Verbandsmitglied zu sein.

Schliebs sei immer für den Schutz der Vertrauensleute gewesen. Aber auch hier gäbe es eine Grenze, da Vertrauensmänner keineswegs immer aus besonderer Folge geschnitten. Ein Vertrauensmann im VIII. Tarifstreife sei vor kurzem avanciert, habe im Geschäft einen besonders Posten erhalten und schürigte nun das Personal und die ältesten Kollegen in der schlimmsten Weise.

Das Tarifamt kann auch nicht solche Beschlüsse billigen, die besagen, nicht mehr als vier Überstunden pro Woche zu machen. Man könne nur dahin streben, die Überstunden

nach Möglichkeit zu beschränken, wie jetzt schon durch die tariflichen Bestimmungen ausgebrückt. Auf der einen Seite wolle man keine Überstunden haben, andererseits habe man sich in Berlin gegen einen dritten Schichtwechsel gesperrt und anfänglich große Schwierigkeiten gemacht. Mussial habe in dieser Sache sich erst entschieden gegen diesen Schichtwechsel gewehrt und kurz nachher den Schichtwechsel als Kulturfortschritt bezeichnet. Schaffer habe gefordert, die Maschinenmeister sollten nur zu einem Lohne anfangen, der nicht hinter dem des Vorgängers auf dem Posten zurückbleibe. Das könne doch nicht gehen, denn es kommen doch die Leistungsfähigkeit und das längere Arbeiten in der Druckerei in Betracht. Schliebs erwähnt dann noch einige Beispiele von den Berliner Stereotypen.

Zur Frage des Umbrechgelbes in der Leipziger Streitfrage übergehe, macht Redner darauf aufmerksam, daß dieser Beschluß doch gar nicht neu sei. Schliebs erklärt, daß er entgegenstehe den Behauptungen in dem betreffenden Versammlungsberichte nicht monatlang mit Vogenitz in dieser Sache verhandelt habe. Materiell sei die betreffende Bestimmung abänderungsbedürftig, aber das Tarifamt habe nicht anders entscheiden können, nachdem gemäß des 1901 gestellten Auftrags diese Fassung zustande gekommen. Er habe im Herbst v. J. Vogenitz beruhigende Versicherungen in der Sache gegeben. Das Tarifamt habe also doch Verständnis gezeigt, daß die Fassung jenes Beschlusses eine unglückliche sei. Im Jahre 1906, bei den Tarifverhandlungen, habe Vogenitz aber nichts gegen diesen Beschluß vorzubringen gehabt, trotzdem ein entsprechender Antrag der Leipziger Gehilfen vorgelegen habe. Schliebs beschwert sich dann gegen die Leipziger führenden Kollegen, daß man so gegen das Tarifamt vorgegangen sei, welches doch jegliche Entgegenkommen zugesagt habe. An der Göttinger Resolution könne man nur ersehen, welche irrige Auffassung die Leipziger Schulderung in Gehilfenkreisen erweckt habe. Vogenitz habe auch in seinem Referat in Leipzig die Sache mit dem breiten n näher behandelt, den unglücklichsten Beschluß bei der letzten Tarifrevision. Eingehend legt Schliebs dann dar, daß dieser Beschluß unbrauchbar gewesen ist. Das Tarifamt habe loyal einen späteren Vorschlag von Vogenitz in der Angelegenheit anerkannt. Schliebs polemisiert dann gegen Engelbrecht in der Umbrechgelbsache, dieser hätte mildern eingreifen sollen.

Die Drucker haben mit ihren Beschwerden und mit ihren Angriffen gegen das Tarifamt in der Frage der Bedienung der Apparatmaschinen auch vorbeigetroffen. In Prinzipalstreifen habe dieser Beschluß sogar große Verstimmung erzeugt. Wenn man fordere, das Tarifamt solle sich nicht den Klagen und Beschwerden der Gehilfen verschließen, müsse man auch berechtigte Beschwerden von der andern Seite anerkennen. Mit dem Kollegen Kräfte habe Schliebs eingehend die entstandenen Schwierigkeiten damals besprochen. Das Tarifamt habe dann Experten von Druckerseite und deren Zentralkommission zur Anhörung eingeladen, von Prinzipalseite sei aber kein besonderer Sachverständiger herangezogen worden. Am 17. Februar hätte dann eine Sitzung in der Angelegenheit stattgefunden. Aber die Schwierigkeiten der Durchführung der Druckerbestimmungen sei eingehend besprochen und die Beschlüsse des Tarifamtes und des Tarifausschusses über die Durchführung der Druckerbestimmungen gutgeheißen worden. Allerdings hätten die Experten nicht ausdrücklich dafür gestimmt, weil sie ja gar kein Stimmrecht hatten. In der Frage der ausnahmsweisen Zulassung der Bedienung von zwei Apparatmaschinen durch einen Maschinenmeister sei mit den Experten auch nicht besonders verhandelt worden, aber bei der Abstimmung sei ausdrücklich konstatiert worden, daß die früher gefaßten Beschlüsse nochmals einstimmig genehmigt seien. Kollege Kräfte habe im Anschlusse daran ja auch für die Zulassung von zwei Ausnahmefällen als Mitglied des Tarifamtes gestimmt, müsse demnach doch der Ansicht gewesen sein, daß die vorhergegangene Aussprache zu einer vollständigen Klärung geführt habe. Das Tarifamt habe in der Zulassung solcher Ausnahmen sich die größte Reserve aufgelegt, also durchaus nicht die Interessen der Drucker geschädigt. Und trotzdem habe man das Tarifamt und ganz besonders ihn in maßloser Weise in dem Rundschreiben der Zentralkommission der Maschinenmeister angegriffen. Es sei unglücklich, was ihn alles unterschoben werde. Der Kollege Tepper (Berlin), der ihn im „Korr.“ heftig angegriffen habe, als er Mitglied des

Tarifantes als Druckervertreter werden sollte, sich mit seinen Gesundheitszustand entschuldigt, die größeren Anstrengungen einer Generalversammlung scheine er aber ertragen zu können. Vom Kollegen Strauch (Berlin) sei als Mitglied des Tarifantes erklärt worden, er lehne eine Prüfung des objektiven Materials ab, das zugunsten des Tarifantes spricht, weil er gleichzeitig der Zentralkommission der Maschinenmeister angehöre. Strauch habe jedoch nach seinem Austritt aus dem Tarifamt in Versammlungen gesagt, nur was Bügenstein wolle, gelte im Tarifante. Kräfte habe bei seiner Überiedlung nach Dresden aber betont, daß er dem Tarifante die Anerkennung objektiver Behandlung zollen müsse, obwohl er oft ein scharfer Meinungsgegner von ihm (Schliebs) gewesen wäre. 96 Verlangen seien an das Tarifamt gestellt und nur in drei Fällen habe es bis jetzt die Bedienung von zwei Apparatmaschinen und in weiteren drei oder vier die Nebenbedienung einer andern Maschine gestattet. Schliebs weist dann nach, daß die vorhandenen Drucker (selbst unter Einrechnung der Schweizerdegen) gar nicht ausreichen, so daß 2500—3000 Maschinenmeister heute überhaupt fehlen, wenn die Druckmaschinen nach den Forderungen der Drucker bedient sein sollen.

Man beschwere sich zwar immer über schlechte Auslegungen des Tarifs durch das Tarifamt, über die als günstig anerkannten gehe man jedoch einfach zur Tagesordnung über. Die Prinzipale hätten auch schon bittere Beschwerden über Auslegungen des Tarifs erhoben, manches sei nicht nach ihrem Gefallen gewesen. Das Tarifamt kann sich aber durchaus nicht beeinflussen lassen, sondern muß für beide Teile objektiv unterzuchen und für beide objektiv Recht sprechen. Die Maschinenseher hätten mit ihrem Sturm in der Öffentlichkeit gegen das Tarifamt es glücklich erreicht, daß der Beschluß über das Bügen außerhalb der Arbeitszeit nun von einigen Prinzipalen reklamiert werde. Die Drucker haben mit ihrer Hebe gegen das Tarifamt, seinerzeit gleich eine ganze Anzahl von Urträgen gezeitigt, die Bedienung zweier Apparatmaschinen zuzulassen.

Die Berliner Kollegen haben 1906 erneute Tarifverhandlungen gefordert. Derartige Versammlungsbeschlüsse degradieren die Gehilfenvertreter zu Marionetten, denn Zugeständnisse, wie sie solche Versammlungen verlangen, werden nie erzielt werden. Man solle durch solche Stellungnahmen nicht eine große Gefahr für die Tarifgemeinschaft heraufbeschwören und schließlich nur eine kräftige Gehilfenorganisation schaffen. Redner erinnert an die Tarifgemeinschaft der rheinisch-westfälischen Prinzipale bis 1901 und an die Schwierigkeiten bei der Tarifverneuerung 1901/02 in Leipzig. Wenn man zu gegen das Tarifamt weiter gehe wie jetzt, jeden Beschluß desselben in den Schmutz ziehe, dann werde kein Mitglied des Tarifantes mehr mitarbeiten wollen. Mit gewissen Urträgen werde nichts mehr und nichts weniger ausgesprochen als daß man die Tarifgemeinschaft nicht mehr wolle. Mit dem Antrag, einen Stenographen zu den Tarifauschüssen heranzuziehen, spreche man eine Bewertung seiner seit zwölf Jahren mit den unter den schwierigsten Umständen bewerkstelligten Protokollierungen aus, für die er sich bekanden müsse. Wenn die Berliner Kollegen die Mitglieder des Tarifantes durch Urabstimmung in Berlin gewählt wissen wollen, so sei damit angedeutet, daß man das Zusammenarbeiten im Tarifante durch entsprechende Mitarbeiter vereinfachen wolle. Mit der heutigen Berliner Kollegenversammlung, wie sich dort die Versammlungen zusammenziehen, könne man nicht mehr arbeiten. Die Nichtversammlungsbesucher seien nicht zu legt daran schuld. Die beamteten Personen treffe die Verantwortung nicht immer dafür; sie müßten sich leider zu häufig von solchen Strömungen leiten lassen, wenn sie nicht jeden Augenblick sich verabschiedet sehen wollen. So, wie die Spartenbewegung sich entwickelt habe, könne es nicht weiter gehen; die Sparten überschreiten ihre Grenzen nicht zum Nutzen des Tarifs und auch nicht im Interesse des Verbandes. Wenn man, wie Albrecht (Berlin), sage, daß der Verband auch ohne Tarifgemeinschaft bestehen könne, dann solle man nicht vergessen, sich auch zu fragen, wie er dabei fahren würde. Der Arbeitgeberverband sei der Zahl nach zwar unbedeutend, nicht aber seine Wirksamkeit. Was er mit seiner Agitation gegen die Tarifgemeinschaft in der Presse, mit seinen Denkschriften erziele, wäre schwerwiegend genug. Die Verbindung mit den Organisationen der Großindustriellen werde dadurch immer enger. Die Tarifgemeinschaft könnte durch von uns begangene Fehler unter diesen Umständen im allgemeinen gefährdet und alle Verpflichtungen unter der Arbeiterchaft dadurch begünstigt werden. Mit einer eindringlichen Warnung vor einer solch schlimmen Entwicklung schließt Redner unter großem Beifalle seine nahezu vierstündigen Ausführungen.

Döblin erucht, in der Debatte nun bestimmt auszusprechen, wie man sich zu den Angriffen gegen die Entscheidungen und die Beschlüsse des Tarifantes stelle. Die in der Tagesordnung gestellten Urträge für die fernere Tarifgestaltung seien wohl auszusprechen, da doch jetzt nicht schon irgendwelche Stellungnahme erfolgen könne. Es wäre besser, wenn die nächste Generalversammlung so stattfindet, daß man rechtzeitig über die demnachstige Tarifrevision sich verständigen könne. Daran schließt sich eine umfangreiche Geschäftsordnungsdebatte. Welschmidt meint, Schliebs habe ein förmliches Schlachtfeld mit den Sparten gehalten. Er (Welschmidt) müsse sagen, die Erregung gegen die Zukünftigkeit des Berechnens an den Zeitungsrechnungen sei nicht so groß gewesen; er sei sogar dafür gewesen, denn das Berechnen sei die gerechteste Entlohnung. Wenn man Auswüchse betreffs der Überstunden vorbringe, so sei doch auch zu be-

denken, daß Überstunden laut den tariflichen Bestimmungen nicht verweigert werden dürfen. Schliebs habe seinen Nachweis erbracht, daß die Tätigkeit der Sparten für die Organisation schädigend wirke. Es sei unzutreffend, daß die Handseher durch das Streben nach höherer Bezahlung für die Spezialberufe in ihrem Vorwärtskommen nach besten Löhnen beeinträchtigt werden.

Massini: Auch andre Kollegen hätten dieselbe Begeisterung für die Tariffrage, man könne das aber unter abweichenden Gesichtspunkten betrachten. Der Verband habe manche Schlachten um die Tarifgemeinschaft geschlagen, auch verloren, er sei aber trotzdem stark geworden. Deshalb dürfe man nicht den Standpunkt einnehmen, Tarifgemeinschaft um jeden Preis. Das wolle auch die übrige Arbeiterchaft nicht. Er (Massini) sei in Berlin mit dem Gaurvorstand oft ganz allein und mit allem Nachdruck für die Tarifgemeinschaft eingetreten. In Berlin mit seinen über 10000 Gehilfen, den Riesen-geschäften und den vielen andern Arbeitern in den Druckereien läge aber so manches anders. Berlin müsse eben mit andern Augen angesehen werden als ein Provinzort. Dann käme man auch zu einer richtigern Beurteilung der vorzukommenden Schwierigkeiten. Er habe keineswegs die Tarifinstitutionen heruntergerissen. Wenn die Berliner Kollegen mit manchen Beschlüssen nicht einverstanden sind, so sei das eben unter den besonderen Verhältnissen zu begreifen. Er sei ein Freund der Tarifgemeinschaft. Der Tarifauschluß habe aber noch nie von Berlin stammenden Urträgen Sympathie entgegengebracht, daher die besondere Verurteilung. Mit dem Wunsch, zum 18. März einige Stunden von der Prinzipalität frei zu erhalten, wäre der Gaurvorstand und wären die Berliner Kollegen gänzlich abgesehen. Die Berliner Prinzipalität hätte das abgelehnt mit der Motivierung, die Berliner Gehilfenchaft sei zu wenig entgegenkommen. Das beziehe sich nämlich auf die Abneigung, Überstunden in dem gewinnigsten Umfange zu machen. Laut einer von dem Gaurvorstand aufgenommenen Statistik für eine Märzwoche seien über 19000 Überstunden bei rund 7000 Gehilfen festgestellt worden. Die Berliner Prinzipalität habe bei dem Ersuchen auf Einführung der durchgehenden Arbeitszeit ebenfalls kein Entgegenkommen gezeigt, obwohl für eine große Zahl von Gehilfen dieselbe schon besteht. Bei der großen Entfernung der Wohnungen von den Arbeitsstätten in Berlin würde die Lebenshaltung aber wesentlich verteuert. Betreffs Aufrechterhaltung bestehender besserer Arbeitsverhältnisse habe die Berliner Prinzipalität den Gehilfen auch wenig soziales Verständnis betätigt. Er könne mit dem Berliner Prinzipalvertreter Franke in den verschiedensten Fragen nicht einverstanden sein und werde sich weiter gegen solche Auffassungen wenden, im Interesse der Gehilfenchaft. In Berlin ist es mehr und mehr üblich geworden, erkrankte Kollegen mit der Entlassung zu bedenken. Das verstärke die Erbitterung nur noch mehr. Bei Arbeitsmangel entlasse man in einer großen Druckerei (Wittler & Sohn) sofort selbst Kollegen mit längerer als zehnjähriger Beschäftigungsdauer mit der Bemerkung, sie seien nicht mehr qualifiziert. So etwas dränge zu Konflikten ernster Natur. Dem Überstundenunfuge müsse von der Organisation gewehrt werden. Wenn tariflich keine Festsetzung bestehe, so müsse das organisatorisch gesehen. In Berlin stehe die Gehilfenchaft auf dem Standpunkte, nicht mehr als sechs Stunden pro Woche zu machen. Der Kreisvertreter Franke habe sich nun beim Tarifante beschwert, weil der Berliner Gaurvorstand in seinen Vereinsmitteilungen erucht habe, nur bis sechs Überstunden zu machen. Das sei ein Eingriff in die Rechte der Organisation, den sich die Generalversammlung verbitten müsse. Massini geht auf die dieserhalb entstandenen Differenzen des näheren ein. Das Tarifamt spreche aus, daß jeder Gehilfen zu leisten habe, was in seinen physischen Kräften stehe. In der Gewerbeordnung und nirgends sonst finde man dergleichen. Das sei eben auch ein Standpunkt, der aufgegeben werden müsse. Was man oft aus Prinzipalzkreisen vernehmen müsse, lasse nichts mehr von einer Parität zwischen beiden Teilen erkennen. Man wolle die Organisation immer mehr zurückdrängen, eine Vereinigung tariffreier Gehilfen machen. Das könne und dürfe nicht geschehen.

Muffal ist der Ansicht, daß Schliebs viel zu schwarz gemalt habe. Massini habe schon vieles entkräftet. Der Geschäftsbericht der Zentralkommission der Maschinenseher habe nicht die Kritik verdient, die Schliebs an ihm geübt. Die Kollegenchaft im allgemeinen und nicht nur die Sparten sind mit den Entscheidungen des Tarifantes unzufrieden. Das Tarifamt sollte nur ausführende Beförde des Tarifauschusses sein, es liege nicht in seinen Befugnissen, so weittragende Beschlüsse zu fassen. Die Konzeption mit dem Wiedereinführen des Berechnens an den Sehmashinen war nicht nötig, die Tarifgemeinschaft wäre nicht zerstückelt worden. Er sei ein Anhänger der Tarifgemeinschaft, wenn aber durch eine so geringfügige Position ihr Bestehen gefährdet werde, dann habe sie wohl doch nicht die beigemessene Bedeutung. Der Entscheid betreffs des Bügens außerhalb der Arbeitszeit war ein Fehler. Es sollte doch offen zugegeben werden, wenn ein Mißgriff vorgekommen sei; dadurch würde viel Erbitterung unter den betroffenen Gehilfen vermieden werden. Die Spezialorganisation der Maschinenseher ist ganz entscheidend gegen die Überstundenplage und zieht auch die Überstundenjäger zur Rechenchaft. In Deutschland haben wir leider keine einschränkende Bestimmung betreffs der Überstunden, in Österreich sei man in der Beziehung besser daran. Unser Tarifamt könnte doch eine Grenze festsetzen, wie viel Überstunden geleistet werden dürfen. Die Maschinenseher seien der Ansicht, daß die Sonntagsarbeit so

hoch wie nur möglich bezahlt werden müsse, um die Sonntagsruhe nicht zu schmälern. Muffal übt jedoch Kritik an Ausprüchen des Kommerzienrats Bügenstein und verwahrt sich gegen die ihm von Schliebs gemachten Vorwürfe einer ungeschönten Kampfesweise. Die Zentralkommission der Maschinenseher habe mit ihrer Statistik dem Verbandsvorstande nur ein Stück Arbeit abgenommen und leiste auch die viele Arbeit gern. Die Maschinenseher sind es allein gewesen, die von 1896 an sich die besten Arbeitsbedingungen selbst geschaffen. (Wobhafter Widerspruch.) Durch den Tarif ist dann später nur festgelegt worden, was die Maschinenseher sich schon geschaffen hatten. Die hohen Löhne sowie die kürzere Arbeitszeit der Maschinenseherkollegen seien alles andre, nur nicht schädlich für die Handseher. Schliebs vertrete da eine ganz irrende Ansicht. Die Verkürzung der Arbeitszeit um eine Viertelstunde bei durchgehender Arbeitszeit sei schon in den frühesten und auch in dem jetzigen Tarif enthalten, folglich könne man nicht durch Tarifamtsentscheid diese Vergünstigung für die Maschinenseher beseitigen. Auch die Handhabung des § 52 habe schon Unwillen in Maschinenseherkreisen erregt. Das Tarifamt sei der schätzenswerten Auslegung durch manche Prinzipale leider nicht entgegengetreten. Die halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung an den Zahltagen habe verschiedene Gehilfenvertreter ihm (Muffal) gegenüber als auch für die Maschinenseher in Betracht kommend bezeichnet. Die nachträgliche Auslegung durch das Tarifamt zum § 1 des Tarifs habe sie den Maschinensehern aber wieder genommen. Im weitem beklagt sich Redner über noch andre Schwälereien durch getroffene Entschiede. Die Mißstimmung werde dadurch noch vergrößert. Man solle daher die Berliner Resolution, die eine anderweite Bildung des Tarifantes von Gehilfenseite aus bezwecke, akzeptieren. Es könnten dadurch auch mehr fachverständige Kollegen aus den einzelnen Berufsgruppen in das Tarifamt hineinkommen und wertenfremde Beschlüsse vermieden werden. Durch eine Erweiterung des Tarifantes werde auch die Arbeitslast eine geringere.

Döblin macht darauf aufmerksam, daß noch 50 Redner eingezeichnet seien und schlägt deshalb Beschränkung der Redezeit vor. Wenn jeder der 50 Kollegen nur eine Viertelstunde spreche, so mache das allein elf Stunden aus. Man wird sich einig, noch keine Beschränkung eintreten zu lassen.

Giesecke geht auf die Behauptung Massini ein, daß die Berliner Prinzipalität zu wenig Entgegenkommen zeige. Im Tarifante könnten gewisse Erwägungen nicht maßgebend sein. Als ehrlicher Mann, der bestehen will, kann man nur auf Grund der vorliegenden Tatsachen sich entscheiden. Er und Faber haben für die ihnen gewordene Degradierung, indem man sie als Kandidaten zur Generalversammlung ablehnte, mit ihrer Amtsniederlegung antworten wollen. Die andern Gehilfenmitglieder hätten ihnen jedoch zugeredet, es vorherhand nicht zu tun; die Generalversammlung des Verbandes solle erst Kenntnis davon erhalten und ihr Urteil über die Berliner Vorkommnisse aussprechen. Sie würden dann je nach Ausgang alle ihre Ämter niederlegen. Giesecke fügte noch hinzu, daß er betreffs seiner Anstellung als Berliner Gaurvorsteher über die Konsequenzen schon geogogen habe; er werde als alter Mann wieder an den Rasten zurückkehren. Die Berliner Kollegen, mit denen er in scharfer Zeit, in manchem Sturme zusammengestanden, hätten für ihn und Faber doch in jener Versammlung eintreten müssen. Das wäre aber nicht geschehen. Unter großer Bewegung der Generalversammlung schließt Giesecke mit dem Appell, nur zu entscheiden, ob sie, die so lange Jahre für die Gehilfenchaft tätig gewesen seien, und die übrigen Kollegen im Tarifante wirklich die schlappen Kerle wären, wie es hingestellt werde von der großen Mehrheit der Berliner Kollegen.

Engelbrecht legt in längeren Ausführungen die Differenzen wegen des Umbrechtes dar. Für Leipzig habe dieser Beschluß eben eine andre, eine schwerere Bedeutung, denn eine ganze Anzahl von Druckereien habe es in der letzten Zeit schon so handhaben wollen. Redner verteidigt darauf den Kollegen Wogenitz gegenüber den Vorwürfen von Schliebs und seine eigne Haltung in der Sache.

Faber bebauert, daß der Antrag, einen Stenographen die Sitzungen des Tarifauschusses aufzunehmen zu lassen, von Berlin gestellt ist. Die Protokolle von Schliebs seien eine peinlich gewissenhafte und eine Piesenarbeit. Was Muffal betreffs der Wiedereinführung des Berechnens an der Sehmashine ausgeführt, sei eigentlich eine unnötige Belastung der Generalversammlung gewesen, da die Angelegenheit ja gegenstandslos geworden sei. Es sei aber auch sachlich nicht richtig, was Muffal darüber ausgeführt. Faber verliest zum Beweise dafür die betreffende Stelle aus dem Protokoll über die Tarifverhandlungen von 1901. Ebenso unredlich habe Muffal mit der Behauptung, daß die Maschinenseher sich selbst ihre besten Arbeitsbedingungen errungen haben. Als die tariflichen Bestimmungen für das Arbeiten an den Maschinen geschaffen, habe ja noch gar keine Maschinenseherparte bestanden. Was Massini über die schlechten Beziehungen mit den Berliner Druckereileitungen gesagt, treffe zu. Der Zustrom nach Berlin verjähle das nicht zuletzt. Wenn es in der Provinz jemand zu enge geworden, gehe er nach Berlin, halte in den Versammlungen einige kräftige Reden und sei dann der Mann des Tags. Massini hätte aber doch verhindern können, daß sich in Berlin die Dinge so entwickelten. Wie es Giesecke und ihm ergangen, sei der Beweis dafür, daß solchen Strömungen Massini nicht entschieden genug entgegengetreten sei. Schliebs könne in Berliner Versammlungen gar nicht

mehr auftreten und besuche insofgebehen seit Jahren keine
Versammlungen mehr. Döblin wäre es ebenfö ergangen.
So ist es gekommen, daß er und Giesecke jetzt eine solche
Verhandlung finden, und Massini sei nicht ganz ungeschuldig daran.
Wenn Massini das Wort von der Ausübung der phy-
sischen Kraft so ausgelegt habe, daß, wie er auch in den
Berliner Versammlungen gesagt, die Gehilfen noch unter
der Gefindeordnung stehen, so erkläre er hier, daß weder
Schliebs noch das Tarifamt an eine solche Auslegung
auch nur im entferntesten gedacht habe. Der Gehilfen-
vorstehende des Berliner Tarifschiedsgerichts, Kollege
Schleffler, also selbst ein Tariffunktionär, habe auch zur
Mißkreditierung der Tarifinstitutionen sein Teil bei-
getragen. Daß Schiedsgerichtsurteile vom Tarifamt
fortigiert und verbessert worden sind, das beachte man
aber nicht. Wie der „Vorwärts“ im Jahre 1906 die
letzten Tarifvereinbarungen total abfällig beurteilt habe,
so verpönte sich dieselbe Meinung auch auf die Ver-
sammlungen in Berlin, und die Verteidiger der gefaßten
Beschlüsse wurden mit den ärgsten Beschimpfungen be-
dacht. Dieser Geist habe dann das weitere begünstigt.
Es sei auch gar nicht wahr, daß Kommerzienrat Wüsten-
stein nur seine Ansicht zu sagen habe und die Gehilfen-
vertreter dann mit ihrem Urteile fertig seien. Dann
brauche man doch nicht so oft bis nachts zusammen zu tagen.
Wenn Recht gesprochen werden soll, müsse man objektiv
bleiben; man könne sich den Einwendungen der Prin-
zipale nicht verschließen, wenn damit das Richtige ge-
troffen werde. Die Bildung des Tarifamtes geschehe von
Gehilfenseite in der Weise, daß der Berliner Gauvor-
stand Kandidaten präsentiere, die dann vom Tarifaus-
schusse gewählt resp. akzeptiert werden. Wollte man jetzt
etwas anderes schaffen, dann wäre doch die gesamte Kol-
legenchaft Deutschlands heranzuziehen, die Männer ihres
Vertrauens zu wählen. Mit einem andern Wahlmodus
werde jedenfalls auch nicht das erreicht, was man be-
absichtige. Wenn die Arbeiter anderer Berufe mit den
schmalsten oder gar keinen Zugeständnissen bei ihren
Kampfverhandlungen sich befriedigen müssen, so mache der
„Vorwärts“, teilweise auch die übrige politische Arbeiter-
presse, noch Entlohnung daraus; selbst dann, wenn nur das
bisher Bestehende erhalten bleiben konnte. Als die
Buchdrucker jedoch 1901, wo auch eine Krisis im Anzuge
war, noch mehr als 6 Proz. herauszuschlagen, da wurde
das in derselben Presse als lächerlich geringfügig, sogar
als Schnapsgrößen bezeichnet. Eine solche doppelte
Behandlung könnten die Buchdrucker aber doch nicht als
richtig anerkennen. Massini habe an vom Tarifamt
aufgestellten Grundfragen Kritik geübt, obwohl die ganz
wenigen Anwendungen daraus noch zugunsten der Ge-
hilfen ausfielen. Die hier erschienenen Kollegen sollten
nun ihren Scheiterhaufen errichten; man sehe sich aber
vor, daß man sich die Finger nicht dabei verbrenne.

Döblin stelle nach achtstündiger Verhandlung die
Anfrage, ob noch weiter getagt werden solle. Da der
nächste Redner erkläre, mindestens eine Stunde zu ge-
brauchen, nimmt die Generalversammlung von einer
Fortführung der Verhandlungen Abstand. Der Vor-
sitzende gibt noch eine Übersicht der noch zu leistenden
Arbeit, wonach die Beratungen sich bis zum nächsten
Mittwoch ausdehnen könnten.

Köln a. Rh., 27. Mai.

Dritter Tag.

Dreier erstattet den Bericht der Mandats-
prüfungskommission. Die Kommission schlägt vor,
über einen Protest aus dem Obergau zur Tagesordnung
überzugehen. Ein anderer Stamm von Breslau und be-
zieht sich auf das von dem Gauvorsteher Fiedler zur
Delegiertenwahl verbreitete Zirkular. Dieser Vorfall
verdiene entschiedene Mißbilligung. Tatsache sei es aber,
daß andre Kollegen die Verfasser seien und an ihm heran-
traten, es zu verurteilen. Weiter hat sich die Kommission
mit den Berliner Delegiertenwahlen befaßt. Wenn
25 Delegierte notwendig sind, dann wäre eine Auf-
stellung von nur 28 Kandidaten bloß eine Ernennung
der Delegierten, aber keine Wahl. Die Beschlüsse der
Breslauer Generalversammlung zum § 24 des Statuts
müßten im zweiten Absätze dahin geändert werden, daß
mindestens die 1/4-fache Zahl von Kandidaten für die
benötigten Delegierten aufzustellen sind. Dann be-
schäftigte sich die Kommission noch mit einem Vorfall
in Hannover. Dort sei der Vorstand des Lokalvereins
bei der Stichwahl für die Wahl seines zweiten Vor-
sitzenden eingetreten. Das sei Wahlbeeinflussung und
unzulässig.

Massini charakterisiert Fiedlers Verhalten als Kor-
ruption.

Seig prüft an, ob wirklich auch alle Delegierten mit
absoluter Mehrheit gewählt worden sind.

Dreier erkläre, daß sämtliche Delegierte die absolute
Mehrheit haben.

Seig ist der Ansicht, daß, wenn vier Kandidaten die
absolute Mehrheit nicht erhalten, man nicht von einer
Stichwahl, sondern nur von einer Nachwahl sprechen
könnte, und deshalb müßte auch für den Wahlgang der
vier die absolute Mehrheit vorgeschrieben sein.

Steinhardt geht näher auf die Breslauer Vor-
kommnisse ein, die Handlungsweise Fiedlers scharf ver-
urteilt. Er beantragt, das Mandat von Fiedler müsse
für ungültig erklärt werden.

Döblin meint, dann müßten auch die andern Man-
date für Schliesen für ungültig bezeichnet werden. Das
ginge aber doch wohl nicht. Die Generalversammlung
könne und müsse aber erklären, daß dergleichen Vorkom-
nisse ungeschichtlich sind.

Gärtel schildert den Breslauer Fall näher. Fiedler
habe sich begangenes Unrecht aber eingesehen, das sei
die Hauptfrage.

Die Generalversammlung erkenne hierauf sämtliche
Mandate für gültig an. Künftig soll aber die 1/4-fache
Zahl der benötigten Delegierten als Kandidaten aufgestellt
werden. Irigendwelches Eingreifen von Verbandsbeamten
müsse bei Wahlen unterbleiben.

Ehe die Debatte über die tarifliche Lage fort-
gesetzt wird, betont Döblin unter allgemeiner Zu-
stimmung, daß die gestrigen Debatten auf einem niedrigen
Niveau gestanden haben. Man solle sich nicht in Kleinig-
keiten verrennen. Es könne nicht so fortgehen, daß hier,
in den Versammlungen, sonst und in unsern Organen jeder
Beschluss der Tarifinstitutionen verzerrt und herunter-
gerissen wird. Auf die zum erstenmal auf einer
Generalversammlung erschienenen Kollegen könne das
nicht erzieherisch wirken.

Grazmann bringt einen Geschäftsordnungsantrag
von zehn Gauen ein. Wenn die Debatten so fortgehen,
würden andre wichtige Punkte zu kurz kommen. Außer-
dem sind wegen des Stattfindens der preussischen Land-
tagswahlen viele Delegierte gezwungen, Anfang der
nächsten Woche abzureisen. Die Vertreter von den zehn
Gauen beantragen deshalb, außer den offiziellen Ver-
tretern der Sparten und des Verbandsvorstandes, die eine
halbe Stunde reden können, die Redezeit für die übrigen
Redner auf 15 Minuten zu bemessen, damit auch die
Provinz zum Worte komme.

Albrecht (Berlin) protestiert gegen diesen Vorschlag.
Die Berliner Kollegen müßten nach der gestrigen Debatte
ausführlich zum Worte kommen. Man wolle auch die
Schattenseiten der Tarifgemeinschaft kennen lernen.

Bachert bestirwortet den Geschäftsordnungsantrag
Grazmann und Genossen. Schöffler erucht, der Drucker-
partei eine Ausnahme zu gestatten. Er könne in einer
Viertelstunde unmöglich alles sagen, was über die
Differenzen der Drucker vorzubringen ist. Steinhardt
protestiert, daß man hier von Spartenvertretern spreche,
wir alle seien Verbandsdelegierte.

Der Antrag Grazmann wird angenommen. Ein Ver-
treter der Drucker soll jedoch eine halbe Stunde reden
können.

Als erster Redner in der Debatte erhält Schöffler
das Wort und gibt Kenntnis von einem Proteste der
Berliner Delegierten gegenüber den gestrigen Ausführungen
von Giesecke. Schöffler geht dann ausführlich auf die
gegen Berlin erhobenen Vorwürfe ein. Man sei in dem
Tarifschiedsgerichte keineswegs auf Gehilfenseite abgelenkt,
sich mit den Prinzipalen zu verständigen. Man könne
sich aber nicht ruhig gefallen lassen, wenn schon lange
bestehende günstige Einrichtungen im Arbeitsverhältnisse
jezt schlangt beseitigt werden. Wenn es heiße, man solle
sich von höhern Gesichtspunkten leiten lassen, dann müsse
das durch ein entsprechendes Verbot Anwendung finden.
Für Berliner Versammlungen dergleichen Ungehörig-
keiten gegen einzelne Kollegen sind dagegen zurückzuführen,
daß man die Kollegenchaft nicht genügend aufkläre, sondern
sie im Dunkeln lasse, wie beim Organisationsvertrage. Jetzt,
wo die andern Gewerkschaften allgemein nach Tarif-
abschlüssen drängen, sei es doch undenkbar, daß die Ber-
liner Kollegen nichts mehr von ihnen wissen wollen.
Schöffler ist der Ansicht, daß die Prinzipale mehr Vor-
teil haben von der Tarifgemeinschaft als die Gehilfen.
Wenn der „Vorwärts“ unsere Tarifgemeinschaft weniger
günstig beurteilt habe als die der Buchbinder, Maurer
usw., so könne man sich das erklären, denn wir tun uns
doch immer etwas zugute auf unser hohes Organisations-
verhältnis. Redner erörtert nunmehr einige der von
Schliebs behandelten Schiedsgerichts- und Differenzfälle,
die in einem andern Dichte schildert, wobei das Ver-
halten des jetzigen Prinzipalsfreivertreter's Franke in
Berlin in verschiedener Beziehung Kritik findet. Dies
und die unterschiedlichen Beschlüsse des Tarifamtes gaben
eben dem großen Gedanken der Parität einen gewaltigen
Stoß. Die an die Gehilfen gestellten Anforderungen
seien oft ungläublich. Mit dem von den Berliner Kol-
legen eingegangenen Standpunkte, nur bis zu sechs
Überstunden pro Woche zu machen, sei nur das Beste
für die Gehilfenchaft beabsichtigt. Das Tarifamt habe
nun in den Tarifkommentar einen Passus gebracht, der
die Organisation völlig ausschaltete. Wenn das so weiter
gehe, müsse es zu einer Explosion kommen; bis jetzt habe
man das in Berlin zu verhüten verstanden. Den antieren-
den Kollegen wollen auch die Berliner das Leben nicht
verleiden. Aber man solle doch nicht jede Kritik gleich
als schädigend für den Gedanken der Tariforganisation
auffassen. Kritik kann auch im Interesse der Tarifgemein-
schaft und der Organisation liegen. Wenn man sich auf
diesem Standpunkt stelle, gelange man auch zu einer Ver-
ständigung.

Wylau betont, daß man von den Schattenseiten der
Tarifgemeinschaft bis jetzt so viel und von den Lichtseiten
noch so wenig gehört habe. In Leipzig stehe man un-
bedingt auf dem Boden der Tarifgemeinschaft, weil sie
für unser Gewerbe eine Notwendigkeit ist. In den Ent-
scheidungen des Tarifamtes müsse man allerdings manche
der vorgebrachten Klagen als berechtigt anerkennen. Diese
Entscheidung müßten doch von einem andern Geiste getragen
sein, als wie er bei den an den Buchstaben klebenden
Juristen anzutreffen ist. Betrachte man sich aber die
Lichtseiten der Tarifgemeinschaft, so muß man doch sagen,
daß unsere Kollegen sehr wohl unter der Tarifgemeinschaft
die richtige Erziehung erfahren können. Wichtig ist, daß
die Großstadtverhältnisse andre sind als in der Provinz,
in dem Maße jedoch, wie von Berlin behauptet, nicht.
Betrachte man unsere Verhältnisse sich im allgemeinen, so

ständen wir Buchdrucker gewiß an erster Stelle unter den
Arbeitern. So ideal, wie behauptet, sind die Beziehungen
ander verwandter Berufe zueinander denn doch nicht.
Muffal habe sich als begeisterter Anhänger der Tarif-
gemeinschaft ausgegeben, seine Ausführungen ließen jedoch
einen andern Schluß zu. Gegen Schleffler sich wendend,
sagt Redner, er würde sich einfach weigern, eine große
Zahl von Überstunden zu leisten. Da könne und würde
kein Tarifamt etwas dagegen einwenden.

Dähnle geht auf die von Schliebs erwähnten Chem-
niger Fälle ein. Da bis zur letzten Tarifrevision noch
keine Norm über die Kontrolle bestand, so hätten die
Betreffenden auch vordem nicht auf eine tarifliche Be-
stimmung sich stützen können. In der Angelegenheit des
Korrektors (eines Nichtbuchdruckers mit Gymnasialbildung)
habe auch das Chemniger Schiedsgericht die verlangte
Kontrolle als unwürdig bezeichnet. Schliebs jedoch habe
sie dem Prinzipale gegenüber für zulässig erklärt, will
allerdings von dem Schiedsgerichtsentheide nichts gemüßt
haben. Der betreffende Prinzipal (zugleich Schiedsgerichts-
vorsitzender) habe diese Situation natürlich dann genügend
für sich ausgebeutet. Der Gehilfenseite habe man keine
Antwort erteilt, der Prinzipal hätte jedoch einen Brief
erhalten. Dähnle führt sodann Beschwerde über die ihm
von Schliebs gewordene Behandlung in einem Schreiben,
so spreche man nicht zu langjährigen Funktionären.

Vogelitz schildert, wie die Differenz der Leipziger
wegen des Umbrechgelbes entstanden. Die Leipziger Kol-
legen und er haben keineswegs das Bestreben, das Kessel-
treiben gegen das Tarifamt mitzumachen. Den vom
Tarifamteteband gemacht Vorschlag, erst bei Werken
von 15 Bogen an die Entziehung des Umbrechgelbes
Platz greifen zu lassen, konnte man nicht akzeptieren, weil
das läbel doch dadurch nicht beseitigt worden wäre. Die
Gehilfenvertreter auf der Generalversammlung könnten
vielleicht hier zusammentreten, um einen Ausweg in der
Sache zu finden. Er trete ganz entschieden für den Fort-
bestand der Tarifgemeinschaft ein, denn er glaube an-
nehmen zu können, daß in Prinzipalstreifen eine gewisse
Neigung vorhanden sei, sie zu beseitigen. An gewerks-
chaftlicher Erziehung werde gerade jetzt mehr als sonst
geleistet, aber den nackten Kampfstandpunkt könne man
nicht ohne eignen Schaden wieder einnehmen. Die Leip-
ziger wollen an der Tarifgemeinschaft entschieden fest-
halten, ihre Einrichtungen aber ausbauen und vorhandene
Mißstände beseitigen.

Müller stellt zunächst in einem von der Zentral-
kommission der Korrektoren den Delegierten übergebenen
Schriftstücke eine Reihe von Forderungen fest und behandelt
jodann die einzelnen Fälle, welche die Korrektorenpartei
betreffen und von Schliebs in seinem Referate berührt
wurden. Die Schwierigkeiten des Korrektorenberufs fin-
den von seiten des Redners Schilderung und die Ent-
scheidung des Tarifamtes sowie die Vorwürfe von Schliebs
kritisiert. Die Forderungen und Wünsche der Korrektoren
hätten wohl der Allgemeinheit der Kollegen mehr Unter-
stützung finden.

Wönigki polemisiert eingangs gegen die persönlichen
Angriffe von Muffal wider ihn. Redner gepöpstet so-
dann die in dem Schriftstücke der Korrektoren enthaltenen
Herabsetzungen und Beleidigungen der Tarifinstitutionen.
Damit werde alles übertroffen, was die andern Sparten
an Angriffen vorgebracht. Wönigki weist darauf hin, daß
der Kollege Muffal, Korrektor in Leipzig, auf dem Korrek-
torentage die Haftpflicht des Korrektors und Revisors
zugegeben. Das Tarifamt aber habe man angegriffen
wegen desselben Standpunktes. Dähnle habe für einen
Korrektor mit Gymnasialbildung einen andern Grund-
satz in der Frage der Kontrolle aufgestellt als für Buchdrucker-
gehilfen. Das gehe denn doch nicht. In der über-
stundenfrage der Berliner liege die Sache aber auch ganz
anders. Es habe sich jedoch herausgestellt, daß die an-
gegebenen Überstundenfeststellungen häufig nicht zutreffen.
Dem Vertrauensmanne habe man so und so viel Über-
stunden angegeben, während der Prinzipal eine wesent-
lich andre Zahl der wirklich gemachten Überstunden nannte.
Es werde betress der Überstundenleistung jetzt häufig
böser Wille bekundet. Was Massini gesagt, daß die
Organisation immer mehr zurückgedrängt werde, verhalte
sich auch nicht so. Wönigki schildert jodann die großen
Schwierigkeiten der Arbeiter des Tarifamtes, deshalb
wäre es falsch, zu sagen, es müßte neues Blut in diese
Körperschaft kommen. Das Einarbeiten und das Ver-
stehen der Materie sei so schwer, daß man die Mitglieder
des Tarifamtes sich so lange als möglich erhalten sollte.
Es sei sehr bedauerlich, wenn in den Sparten von Pro-
totollschätzungen und ähnlichen Sachen des Tarifamtes
die Rede sei. Bemerkenswert wäre, daß Wölschmidt als
Maschinenleger das Berechnen als gerecht anerkenne,
während die Berliner Maschinenleger seinerzeit, als der
Beschluss der Wiedereinführung des Berechnens an den
Zeitungssechsmaschinen in einer Versammlung erörtert
wurde, sich entrüsteten und teilweise von einer sich recht
drastisch äußernden Hoffnungslosigkeit für ihre Zukunft
erfüllt waren. Redner unternimmt im weiteren einen
Streifzug unter die von Massini vorgebrachten Klagen
über die Verschlechterung der Arbeitsverhältnisse in Berlin,
dabei eine weniger schlimme Darstellung der Sachlage in
Berlin gebend. Der bei Einführung des neuen Tarifs
bei den Maschinenlegern eingeleitet gewesene Aktionsaus-
schuß habe Dinge vollbracht, die man nicht verstehen und
nicht billigen könne. Muffal hat seiner Ansicht nach erst
die Zentralkommission der Drucker in ihre Kampfsposition
zu dem Tarifamte gedrängt. In einem Briefe des Kol-
legen Mantewell beweist Redner, daß dieser anfänglich
eine andre Meinung über die Ergebnisse der Tarifver-
handlungen für die Drucker hatte. Wönigki erkläre, er

werde weitere Punkte in der Druckerfrage erst behandeln, wenn die Druckerfrage dazu Anlaß bieten und widerlegt die in dem Vorworte des Geschäftsberichtes der Zentralkommission der Maschinenleger aufgestellten Hauptthesen sowie gemachten Vorschläge. Zum Schluß spricht Redner die Ansicht aus, daß bei Beschlüssen doch nicht eine so große Beunruhigung der Allgemeinheit nötig und dienlich ist und erjucht, für fernere entsprechend anders zu handeln.

Döblich ermahnt eindringlich, in der Debatte Wiederholungen zu vermeiden und bringt eine Reihe von tatsächlichen Berichtigungen zur Kenntnis. Hierauf tritt man in die Pause ein.

Ebel erklärt nachdem, daß die hohen Gesichtspunkte, die Döblich vermißt, weder vom Referenten noch von den Vertretern des Zentralvorstandes genahrt worden wären. Im übrigen hätten die Berliner Kollegen nicht die Ansicht, das Bestehende umzuwälzen. Man wolle nur auf die Berliner Kollegen einwirken wie in Dresden. Einzelnes zu kritisieren sei man berechtigt. Der Kontrollzettel z. B. habe die Interessen der Berliner Kollegen geschädigt. Der Beschluß des Tarifamtes, daß der Gehilfe sich den Anordnungen des Prinzipals zu fügen habe, hat böses Blut erregt. Man müsse eben Licht und Schatten gleichmäßig verteilen. Bezüglich der Überstunden ist zu erwägen, daß es schwer festzustellen sei, wo die physischen Kräfte zur Leistung von Überstunden aufhöhen. Wir haben aber den Beschluß des Tarifamtes, daß Überstunden zu leisten sind. Und nachher erst könne man die Schiedsinstanzen anrufen. Einen unbedingten Gehorsam des Gehilfen gegenüber dem Prinzipale gebe es aber nicht. Der Vorwurf, daß die Berliner Funktionäre nicht den Mut haben, ihre Stellung der Masse gegenüber zu vertreten und daß ein radikales Auftreten genüge, um im Berliner Verein ein Wort zu erhalten, ist beweislos behauptet worden. Die Vorteile der Tarifgemeinschaft erkennen wir an und es gibt unter den Berliner Kollegen keine Gegner der Tarifgemeinschaft, deshalb ist aber nicht alles rosig. Das materielle Verhältnis der Tarifvereinbarungen sei nur der Ausdruck der gegenseitigen Kräfteverhältnisse. Die letzten Tarifvereinbarungen haben aber bedeutende Konzessionen der Gehilfen an die Prinzipale erfordert. Daß weiter viel Unzufriedenheit vorhanden ist, kommt daher, daß die Kollegenschaft zu wenig in den Gang der Dinge eingeweiht, daß zu viel hinter verschlossenen Türen verhandelt und beschlossen wird. Es muß der Allgemeinheit ein größeres Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden.

Knie sagt, daß zum Tagesordnungspunkte selbst bisher nichts gesprochen wurde, bloß mit Berliner Verhältnissen hätten wir uns beschäftigt. Redner geht sodann auf den Ausgang der Tarifberatungen und der Ablehnung des Tarifs durch viele Kollegen ein, während man später damit einverstanden war, weil ein berechtigter Grund zur Unzufriedenheit mit den Tarifergebnissen nicht vorhanden gewesen sei. Schwierigkeiten hätten uns nur die Sparten gebracht. Redner erörtert die einzelnen Beschwerden der Spezialorganisationen und führt sie auf das Maß des Tatsächlichen zurück. Auf jeden Fall müsse man aber bei jedem gegebenen Anlasse die Instanzen anrufen. Die vorgelegenen Fälle aus den Schiedsgerichten und dem Tarifamte seien ihm nicht verständlich, da er aus seiner Praxis als Gehilfenvertreter ähnliche Erfahrungen nicht gemacht habe. Eine Fernabwürdigung unsrer Tarifinstitutionen, wie sie Schliebs schildert, dürfe nicht geduldet werden. Dem Tarifamt einen Stenographen anzuschicken, sei nicht zu empfehlen.

Wendische hätte gewünscht, daß mit dem Referate von Schliebs der deutschen Kollegenschaft ein großer Dienst erwiesen worden wäre, wenn es alle Kollegen gehört hätte. Aber trotz dieser Anerkennung könne er mit allem nicht einverstanden sein. Die Prinzipale holen jetzt alles für sie Glänzige aus dem Tarife heraus. Die Situation ist jetzt eine schärfere geworden. Redner erläutert das an einzelnen Fällen. Zur Spartenfrage übergehend, erläutert Redner das unrichtige Verhalten verschiedener Spartenkollegen und -institutionen. Ferner erklärt Redner, daß die Nichtwahl Bieschkes einen schlechten Eindruck auf die Kollegenschaft gemacht habe. Redner bittet, die Anträge der Berliner abzulehnen.

Zepper erklärt, daß kein einziger prinzipieller Gegner eines Tarifvertrags in diesem Saale sei. Kritisiert werde nur die Art und Weise des Zustandekommens des Tarifvertrags. Z. B. habe die „Korr.“-Redaktion geradezu ein Ultimatum an die Kollegenschaft gestellt mit einem kategorischen Entweder ihr freßt den Tarif oder wir legen unsere Ämter nieder. Dann habe es gegeben, bessere Verhältnisse dürfen nicht verschlechtert werden, während dies aber doch gesehen sei. Lieber wolle er zwei Mark weniger Lohn, aber ein anfängliches Arbeitsverhältnis. Die achtstündige Kündigung habe die Berliner Kollegenschaft waffenlos gemacht. Redner erörtert dann die Ziffern der 53 Tarifarbeitenachweise, wonach die Drucker mehr arbeitslos sind als die Seher, wendet sich gegen die Kommentierung in Sachen der Überstunden und andre im Arbeitsverhältnis hervortretende Mißstände, die auch durch die Schiedsgerichte nicht beseitigt wurden. Apathie, Gleichgültigkeit und schlechter Versammlungsbesuch resultiere daraus, weil die Kollegenschaft nichts zu sagen habe. Mantauelfel wendet sich in über einstündiger Rede gegen Schliebs, der die Drucker nicht objektiv behandelt habe und ihnen Unterschiebungen gemacht, die nicht zutreffen. In Wahrung ihrer Interessen hätten die Drucker gehandelt, und dabei müden einige Schärpen mit unterlaufen sein. Redner gibt zum Teil unter Verlesung amtlicher Aktenstücke eine ausführliche Darstellung in Ursache und Wirkung bezüglich der Sonderbestimmungen

für Maschinenmeister und der dabei hervorgehobenen Erscheinungen, Mißverständnisse und Differenzen mit dem Tarifamte, dem Verbandsvorstande und der „Korr.“-Redaktion.

Döblich geht auf die bisherige Debatte ein, die nur gebracht, was bisher schon in Zirkularen und „Korr.“-Artikeln bekannt geworden ist. Man streite darüber, ob die Experten zu den Ausnahmebestimmungen ihre Zustimmung gegeben, darauf komme es nicht an. Man solle doch bedenken, ob deshalb, weil in den betreffenden Streitfällen ein halbes Duzend Ausnahmen gemacht seien, es notwendig sei, daß wir uns entzweien. Gerade die Leitung des Verbandes habe keineswegs den Wunsch, mit der Kollegenschaft in Zwiespalt zu leben; eine solche Auffassung wäre unnatürlich. Man müsse sich auf Einzelheiten, suche irgend einen Mangel in der Tarifgemeinschaft heraus und kritisiere das Ganze daran. Die festgesetzte Erklärung, man sei für Tarifgemeinschaften, sei nur ein Wortspiel, wenn man nicht die Tarifgemeinschaft wolle, welche möglich sei. Redner erörtert ausführlich eine lange Reihe von Einwendungen, welche von den einzelnen Rednern gemacht und nicht von der Kenntnis der Verhältnisse getragen seien. Die Internas der Organisation könne man unmöglich der Masse unterbreiten. Der Wunsch nach einer größeren Öffentlichkeit unserer Verhandlungsstatistik sei unerfüllbar. Den deutschen Kollegen sei die Disziplin der österreichischen Kollegen zu empfehlen. Ferner sei zu berücksichtigen, daß unser Verband in allen Tarifinstitutionen vertreten sei und somit die Organisation überall zur Geltung komme. In weiteren erörtert Redner die Lage im Gewerbe und in der Organisation, und zieht in Parallele die Verhältnisse in der gesamten Arbeiterbewegung sowie die zielbewußte Minorität des Scharfsamterverbandes im Buchdruckgewerbe. Weiter stellt Redner die Frage, ob die Gehilfenvertreter im Tarifamt ihre Pflicht getan haben oder nicht. Darüber haben wir hier zu entscheiden.

Es wird beschlossen, noch einen Vertreter der „Stenotypenure und den Kollegen Schliebs zum Worte kommen zu lassen und sich dann über die vom Vorsitzenden vorzuliegenden Fragen zu entscheiden.

Verschiedene Berliner Kollegen wenden sich heftig dagegen, desgleichen Steinhardt, daß damit die Debatte geschlossen sein soll. Er argumentiert das als eine Überumpelung der Generalversammlung. Klapproth konstatiert, daß noch kein Provinzvertreter zum Worte gekommen. Seig ist entschieden dagegen, daß im Sinne Döblich verfahren werden soll. Engelbrecht verlangt, man möge streng nach der Geschäftsordnung verfahren. Die Debatte wird auf Mehrheitsbeschluß wieder eröffnet.

Seig verweist darauf, daß die Gehilfenvertreter 1906 mit dem Bewußtsein nach Hause gegangen seien, ihre Pflicht im Interesse der Gehilfenheit getan zu haben. Aber durch eine Opposition, die ihren Ausgang von Berlin nahm, stellte manche Gehilfenheit sich nachträglich auf einen oppositionellen Standpunkt. Diese Opposition war eine ungesunde; Redner widerlegt, daß der Gehilfenheit durch die Opposition späterhin irgend welche materiellen Vorteile verschafft worden seien, vielmehr waren diese schon vorher in internen Beratungen festgelegt. Redner wendet sich gegen die Auffassung, als ob die Tarifgemeinschaft alle Beschwerden der Gehilfenheit beseitigen könne. Deshalb brauche man nicht mit Beschwerden im einzelnen zurückzufahren, und man müsse wünschen, daß bei wichtigen Beschlüssen des Tarifamtes ein Einvernehmen mit dieser in Betracht kommenden Personen veranlaßt werden möchte, um auf diese Weise Fehlsprüche des Tarifamtes möglichst zu vermeiden. Redner wendet sich sodann kritisch gegen verschiedene Darlegungen Mantauelfels.

Domine erklärt, daß der Gau Frankfurt-Hessen aus Interesse an der Sache beantragt habe, die Vertreter der Gehilfenheit im Tarifamte besonders zur Generalversammlung zu berufen. Weiter bespricht Redner die Motive der Gehilfenvertreter für die Beschlüsse in Sachen der Maschinenleger, geht auf die Möglichkeit einer größeren Öffentlichkeit in der Tariffrage ein, bespricht die Auffassung vieler Gehilfen über die Rechtspredung der Schiedsgerichte, die Überstundenfrage, das Verhalten einzelner Prinzipale und Gehilfen gegenüber dem Tarif und stellt fest, daß es meist Kollegen sind, die in den s.-d. Parteiblättern gegen die Tarifabmachungen vorgegangen sind. Zum Schluß würdigt Redner die Verdienste des Kollegen Schliebs.

Steinhardt erklärt, er habe, so lange er in Deutschland sei, noch nicht gehört, welche Rolle die Tarifinstitutionen im Produktionsprozesse spielen. In unserm Gewerbe seien für die Prinzipale die Gehilfen weit wichtiger als z. B. in der Schwerindustrie. An dem Beispiele der Prinzipale, wie sie ihre Interessen vertreten, möchten sich die Gehilfen ein Beispiel nehmen. Wie kommen z. B. die Gehilfenvertreter dazu, in puncto Neutralität, über den materiellen Inhalt unsers Tarifs hinaus, in geistiger Beziehung der Prinzipalität ein Zugeständnis zu machen? Das sei ein großer Mißgriff. Das geistige Niveau der Generalversammlung stehe weit niedriger als eine Hamburger Mitgliederversammlung. Redner verweist dann auf die Verhältnisse in andern Industrien, wo die Scharfsamter auch mit den Arbeitern zusammengefallen werden, wenn es der ersten Profit bedingt.

Klapproth erklärt, daß der Verbandsvorstand im Sinne der Dresdener Generalversammlung gehandelt habe. Wenn man davon rede, daß man die Mitglieder erziehen solle, dann könne es nicht geschehen, wenn man Mißtrauen gegen die Führer des Verbandes säe. Wollen Sie Vertrauen haben, dann müssen Sie Vertrauen entgegen-

bringen. Redner verweist darauf, daß es in der ganzen Welt noch nicht vorgekommen sei, daß man Gehilfen zum Zweck der Beratung eines Druckpreissetarifs der Prinzipale herangezogen habe.

Fuchs wendet sich gegen Ebel, daß bei den letzten Tarifverhandlungen hätte mehr erreicht werden können. Es sei ein großer Erfolg, eine zehnprozentige Lohnerhöhung ohne Kampf selbst in den kleinsten Orten durchzuführen. Dabei habe man unter der Tarifgemeinschaft eine ganze Anzahl Drucker genannt, was sonst niemals möglich gewesen wäre. Die Vertreter der Gehilfenheit hätten ihre Pflicht getan. Inwieweit ist Redner mit dem Tarifamte nicht einverstanden, daß das Tarifamt seinerzeit in „Korr.“ die Differenzen mit der Zentralkommission der Drucker nicht ausfüllend behandelt habe. Redner schließt mit dem Wunsch, die Generalversammlung möge den Vertretern der Gehilfenheit im Tarifamt einstimmig das Vertrauen betonen und wünscht, daß die bisherige Taktik beibehalten werden möge.

Nach einiger geschäftlichen Mitteilungen Schluß der Sitzung.

Verichtigung zur Präsenzliste:

Kollege König (Riel) ist nicht als Generalversammlungsbelegter, sondern nur als Stellvertreter gewählt.

Telegraphischer Vorbericht über den vierten Tag.

Die Generaldissidation zu den Unterstützungsanträgen leitet Eifer mit einem längern Referat ein. Die Unterstützungsentscheidungen dürfen die gewerkschaftlichen Zwecke nicht überwuchern. Die Unterstützungen können nie ein Existenzminimum gewährleisten. Es werde mitunter viel Mißbrauch mit den Unterstützungen getrieben. Von dem Verbandsvermögen entfallen auf das Mitglied nur 110 Mark. Die Invalidenunterstützung erfordere allein die Summe von 6 1/2 Millionen Mark, um sie zu garantieren. Der Verbandsvorstand vertrete den Standpunkt, überhaupt keine Erhöhung der Unterstützungen eintreten zu lassen, da die Anforderungen sonstiger Art, Agitation, weitere Anstellung von Beamten schon ganz gewaltige Summen beanspruchten. Man solle auch bedenken, daß Lohnkämpfe doch nicht ausgeschlossen sind. Von dem Obligatorium des „Korrespondent“ sollte man absehen. Es sprechen teils für, teils gegen die Ausführungen Eifers Seig, Knie, Massini, Nagrozki, Steinbrück, Prüter, Schmal, Hättel, Krasser, König und Dworaczek (Wien). Sodann wird eine elfgliedrige Kommission zur Sonderberatung der Unterstützungsanträge gewählt. Am fünften Verhandlungstage soll die Debatte über die allgemeine und tarifliche Lage fortgesetzt werden.

Korrespondenzen.

München. Am 10. Mai fand eine von Ortsvorstand einberufene Rotationsmaschinenmeisterversammlung statt. Anwesend waren der gesamte Orts- sowie Maschinenmeistervereinsauschuß und fast sämtliche Kollegen vor der Rotation. Der Grund zur Einberufung war der, einen Weg zu finden, wie den bestehenden mißlichen Verhältnissen in möglichst gütlicher Weise entgegenzutreten ist. Die hohe Konditionslosigkeit der Drucker einestheils ist es, die uns zwingt, eine Regelung zu schaffen, andernteils „müssen auch die im Tarife vorgeschriebenen Forderungen zur Einführung gelangen. Nachdem der Ortsvorsitzende Döblich die Versammlung eröffnet, fand eine eingehende Aussprache über die Verhältnisse in den Münchner Rotationsbetrieben statt. In sachlicher Weise beteiligten sich die Kollegen an der Debatte und es zeigte sich, daß in verschiedenen Betrieben eine Besserung Platz greifen muß. Obwohl einige Kollegen es anfangs nicht einsehen konnten, die im Tarife vorgeschriebenen technischen Arbeiten als solche zu betrachten und anerkennen, mußten sie sich doch, gestützt auf die vortrefflichen Ausführungen unsers Vorstandes Göldner, bekehren. Sie erklärten sich schließlich bereit, die tariflichen Bestimmungen wie vorgeschrieben auch anzuerkennen und gegebenenfalls zu verrichten, jedoch müßten sie in jeder Weise sohablos gehalten werden. Folgende Resolution wurde sodann einstimmig angenommen: „Die heute tagende Rotationsmaschinenmeisterversammlung erachtet es als die Pflicht jedes Kollegen, den tariflichen Bestimmungen Rechnung zu tragen. Sie begrüßt es freudig, wenn die Organisation die hierzu nötigen Schritte zur Erreichung dieses Ziels unternimmt und beauftragt diese, eventuell die tariflichen Instanzen in Bewegung zu setzen.“ Zum Schluß dankte der Ortsvorsitzende Döblich für die rege Teilnahme seitens der Kollegen an der Versammlung und verlangte von diesen, das auch zu halten, was sie heute versprochen. — Die am 16. Mai im Vereinslokale stattgehabte Ordentliche Monatsversammlung war sehr gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben des Kollegen Martin Steber in der üblichen Weise geehrt. Sodann gab der Vorstand einen kurzen Bericht über die stattgehabte Rotationsmaschinenmeisterversammlung, dem die Mitglieder großes Interesse huldigten. Er teilte noch mit, daß die Nacht- und Rotationsmaschinenarbeiter am selben Tag eine Versammlung ab-

Beilage zum Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

46. Jahrg. Erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend. Leipzig, den 30. Mai 1908. Anzeigen Kosten: die Nonpareilzeile 25 Pf.; Abonnementpreis 65 Pfennig vierteljährlich. Versammlungsanzeigen u. Arbeitsmarkt 10 Pf. Nr. 62.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

stehen, um gegen das Vorgehen des hiesigen Maschinenmeistervereins Stellung zu nehmen. Die Versammlung stellte sich nach den eingehenden Ausführungen ihres Vorsitzenden auf den Standpunkt, vorerst die Haltung der Prinzipale abzuwarten, und durch sofortige Aufnahme einer Statistik über Anzahl und Bedienung der Maschinen den Nachweis zu erbringen, daß eine Unterbringung der arbeitslosen Maschinenmeister auch auf einem andern Wege als durch die Verdrängung der Hilfsarbeiter zu erzielen ist. Die Versammlung des Maschinenmeistervereins nahm zu diesen Ausführungen keine Stellung ein, da es nicht in unsern Intentionen liegt, die Hilfsarbeiter zu verdrängen oder drohlos zu machen, andererseits wurde erwartet, daß der Vorstand der Hilfsarbeiter den Tarif der Buchdrucker besser studieren sollte. Er müßte dann unverzüglich zu der Auffassung kommen, daß es nicht der hiesige Maschinenmeisterverein ist, der dies von seinen Mitgliedern fordert, sondern der Tarif der deutschen Buchdrucker. Es ist doch unsere verdammt Pflicht, diesen zur vollen Einführung zu bringen. Übrigens wären wir den Hilfsarbeitern sehr dankbar, wenn sie einen Weg finden würden, wie wir unsere Konditionslosen Kollegen unterbringen können! Um nun in dieser Angelegenheit Klärung zu schaffen, wurde beschloffen, unsern Vorsitzenden, wenn derselbe an dieser Aussprache teilnehmen darf, zur Generalversammlung der Hilfsarbeiter, die Anfangs Juni in München stattfindet, zu entsenden. Einige interne Angelegenheiten bildeten den Schluß der Versammlung.

Nadolitzell. Zwei Versammlungen innerhalb acht Tagen ist das Fazit des hiesigen organisatorischen Lebens. In der ersten Versammlung am 10. Mai wurde neben Erledigung tariflicher Fragen der Gautagsbericht des Delegierten Strobel entgegengenommen. Man erklärte sich nach dem eingehenden Referat mit den Beschlüssen einverstanden und dankte dem Referenten für die Berichtserstattung. — In der zweiten Versammlung am 15. Mai wurden einige Tarifumgehungen seitens einer hiesigen Firma (Name weggelassen) des Bezirksverbandes (Hilfsarbeiter) überprüfbar; und die weiteren Schritte, eingeleitet, inwieweit ist die Angelegenheit, betreffend die Maschinenfeger (Einführung der achtstündigen Arbeitszeit) geregelt worden. Auch kam eine Differenz mit dem Gewerkschaftsstellvertreter zur Sprache, die in einer kombinierten Versammlung ihre Erledigung finden soll.

Waldenburg. (Berichtigung.) In dem Versammlungsberichte vom 16. Mai sind mir durch ein Versehen einige kleine Unrichtigkeiten unterlaufen. In Zeile 60 und 61 muß es selbstverständlich Gewerkschaftsstellvertreter anstatt Gewerkschaften heißen. Ferner ist in dem Teile, der das Schlusswort des Kollegen Mieruch behandelt, gesagt: Nebst betrachtet den Verband als Versicherungsanstalt. Das ist falsch; Kollege Mieruch bezeichnete vielmehr die Gegner des Antrags als solche Mitglieder, die den Verband nur als Versicherungsanstalt ansehen. Die Bezirksversammlung findet am 14. Juni statt.

Der Berichterstatter.

Worms. Um seinen Mitgliedern etwas Lehrreiches zu bieten, veranstaltete der hiesige Maschinenmeisterklub in den letzten Wochen einen Farbenmischkursus, welcher am Sonntag den 17. Mai seinen Abschluß fand. Die Beteiligung war ziemlich gut, doch wäre es wünschenswerter gewesen, wenn speziell die jüngeren Kollegen mehr Interesse gezeigt hätten, und waren es wieder wie gewöhnlich die älteren Kollegen, die bis zum Schluß aushielten. Ganz besondere Anerkennung verdient die Farbenfabrik Kist & Ehinger, G. m. b. H., in Stuttgart, welche dem Klub die Farben zu diesem Kursus in liebenswürdiger Weise unentgeltlich zur Verfügung stellte, wofür hierdurch öffentlicher Dank ausgesprochen wird.

Rundschau.

Eine Richtigstellung an der Ferienstatistik über 1907 ging uns von Vorsitzenden des Kreises II des Deutschen Buchdruckervereins, Herrn U. Neveu du Mont in Köln, folgenden Inhaltes zu: „Ein Beschluß, daß die Mitglieder des Kreises II des Deutschen Buchdruckervereins den ihren Angestellten bewilligten Ferienurlaub in Zukunft nicht mehr gewähren sollten, ist in einer Kreisversammlung des Kreises II nicht gefaßt worden. Allerdings ist die Ferienbewilligung von seiten des Vorsitzenden besprochen worden, um eine möglichst gleichmäßige Handhabung dieser über die Tarifbestimmungen hinausgehenden Vergünstigung herbeizuführen. Auch wurde empfohlen, die Ferienbewilligung stets nur als eine jederzeit widerrufliche zu bezeichnen, da zu befürchten stehe, daß andernfalls bei Neuabschluß eines Tarifs die Ferienbewilligung als ein allgemein zugeständenes Recht in Anspruch genommen werden könnte.“ In der Nr. 92 des „Korr.“ von 1907 war eine Feriennotiz enthalten, die besagte, daß der Bezirksverein Remscheid, Solingen, Ohligs usw. einen Beschluß faßte, wie ihre obige Verdrängung befreit. Jene Notiz war bis jetzt aber von keiner Seite beanstandet, weshalb wir sie auch zu unsern Ferienstatistik verwendeten. Daß ein Beschluß, Ferien nicht mehr zu gewähren, im Kreise II des Deutschen Buchdruckervereins nicht gefaßt wurde, verzeichnen wir mit Befriedigung.

Zur Gehilfenprüfung in Oldenburg hatten sechs zu Ostern ausgelesene Seher sich gemeldet. Sie bestanden sämtlich.

Aus Konkurrenzschwierigkeiten zur Verschmelzung gedrängt wurden in Mündberg die beiden dortigen Zeitungen und Druckereien. Daß in einer Stadt wie Mündberg mit 3900 Einwohnern zwei Buchdruckereien und Wäppler nicht nebeneinander existieren können, ist ohne weiteres einzusehen, weshalb für Gründungs-lustige dieser Fall wieder eine Warnung sein möge. Die Druckerei des „Wochenblatt“ ging in den Besitz der Firma Rudolf Berger (Mitglied unlers Verbands) über, die die „Münder Zeitung“ herausgibt.

Der Gutenbergbändler Georg Mavstaller in Würzburg wurde wegen einer Reihe von Einbruchsdiebstählen zu einem Jahr und sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Da Mr. noch einen ganzen Paden von Helbenataten auf seinem Gewissen hat, werden wir mit diesem Musterbändler uns noch im „Korr.“ beschäftigen können.

Bei sämtlichen Zeitungsverlegern in Weuthen eingebrochen wurde von fünf Handwerkerlehrlingen. Aber nur im Geschäftstotal des „Wanderer“ lohnte sich die Anstrengung etwas. Die hoffnungsvollen Burden wurden zu Gefängnisstrafen von einem Monat bis zu einem Jahr und sechs Monaten verurteilt.

Eingänge.

Für Alle Welt, illustrierte Zeitschrift mit der Abtheilung, Erfindungen und Entdeckungen auf allen Gebieten der Naturwissenschaften und Technik. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin. Heft 19. Preis à 40 Pf.

Gestorben.

In Augsburg am 26. Mai Karl Dorn, 53 Jahre alt — Blindarmenstiftung.
In Wajel am 18. Mai der Buchdruckereibesitzer Karl Martin Werner-Niehm, 63 Jahre alt.
In Berlin am 20. Mai der Seher Paul Droß, 32 Jahre alt; am 23. Mai der Korrektor Gustav Rosenstock, 74 Jahre alt; am 11. Mai der Seher Paul Dyke, 68 Jahre alt — Herz- und Nierenentzündung.
In Dresden am 4. Mai der Seher Bruno Unger,

43 Jahre alt — Vergiftung; am 14. Mai der Seher Osm. Schulz, 40 Jahre alt — Herzkrankheit.
In Duderstadt der Buchdruckereibesitzer G. Gerlach, 63 Jahre alt.
In Heinrichau der Buchdruckereibesitzer Otto Gutschmann, 65 Jahre alt.
In Oldenburg am 23. Mai der Seher Friedrich Dierks, 41 Jahre alt.
In Rönthild am 13. Mai der Buchdruckereibesitzer Karl Schwerdt, 41 Jahre alt.

Briefkasten.

D. S. in Wernigerode: Bei Aufträgen von 10 Mk. 10 Proz., bei solchen über 20 Mk. 20 Proz. — F. in Br.: Eingetroffen, kommt in Donnerstagnummer. — R. W. in M.: Zu einer Klage ist es nicht gekommen. Jene Firma hat aber erst die Forderung darüber bei uns geführt. — O. F. in K.: Ungenügend müssen wir all unsere Kraft auf die Generalversammlung verwenden. Sie müssen sich mit solchen Sachen also vorherhand bescheiden.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Mariendorfer Straße 13, I. Fernsprechamt VI, 11 191.

Forst (Lausitz). Vorsitzend in den Vorsitzenden sind bis auf weiteres an Albert Schade, Forst-Neustadt, Schulstraße 42, zu senden.

Adressenveränderungen.

Bezirk **Weser-Eibe**. Vorsitzend: S. Hartmann, Geseckmünde, Gartenstraße 30, III, I.

Friedberg-Wald Rauheim. (Ortsverein.) Vorsitzend: Adolf Ruppel, Obermörlen bei Wald Rauheim; Kassierer: Louis Lipski, Wald Rauheim, Schulstraße 9.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum dieser Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Buchholz der Seher Max Meyer, geb. in Buchholz, am 1. August 1868; war noch nicht Mitglied.

In Chemnitz der Stereotypenmeister Gustav Zehle, geb. in Barleben 1875, ausgl. in Magdeburg 1891; war noch nicht Mitglied. — Fritz Schumm in Chemnitz, Bernsdorferstraße 18.

In Elberfeld der Seher Karl Theodor Wortmann, geb. in Elberfeld 1874, ausgl. das. 1892; war schon Mitglied. — Heinrich Marzfall, Humboldtstraße 53, II.

In Neckarjulm der Schweizerbeuge Ludwig Schädel, geb. in Neckarjulm 1884, ausgl. das. 1902; war schon Mitglied. — Karl Anie in Stuttgart, Jakobstraße 16, p. In Oldenburg der Seher Karl Eschadert, geb. in Groß-Strehly 1861, ausgl. in Breslau 1879; war schon Mitglied. — J. Roth, Wofstraße 13.

Arbeitslosenunterstützung.

Kassel. Der Fremdenverkehr befindet sich vom 1. Juni ab im „Gewerkschaftshaus“, Wolfhagerstraße 5 und 7, woselbst auch die Reiseunterstützung von 6½—7 Uhr ausgezahlt wird.

Versammlungskalender.

Bernburg. Versammlung heute Sonnabend, den 30. Mai, abends punkt 8½ Uhr, im Restaurant „Zum Erbsitzgen“.
Seuthen (S.-Schl.). Versammlung heute Sonnabend, den 30. Mai, abends 8½ Uhr, im Vereinslokale „Weißer Adler“.
Emden. Versammlung heute Sonnabend, den 30. Mai, abends 8 Uhr, im „Deutschen Haus“ (de Voer).
Damm i. W. Versammlung Sonntag, den 31. Mai, vor-mittags punkt 11 Uhr, im Vereinslokale Sträter, am Oberlandesgericht.

Ostfriesland. Außerordentliche Bezirksversammlung Sonntag, den 1. Juni, in Emben.
Waren i. W. Versammlung heute Sonnabend, den 30. Mai, abends 9 Uhr, im Vereinslokale (Heidelbach).

Arbeitsuchende

erhalten den **Graphischen Arbeitsmarkt** bereits 6 Stunden nach Ausgabe der Anzeigen Montags und Donnerstags durch alle Redaktionen des Deutschen Reichs zum Bezugspreise von 0 bis pro Monat. Herabsetzen, Verkürzungen, Arbeitsnachweisen von Buchdruckern wird das Abonnement zurückvergütet.
„Buchdrucker-Woche“
Berlin SW 68, Zimmerstraße 6.

Druckereieinrichtung

Schnelldruck, reichl. Schriftmaterial, bewit. mit Rundschiff und Lokal sofort sehr billig. Westf. Ersten. Werte Offerten unter X. 31 post. Berlin, Postamt 13. [118]

Zhr Glück in der Heimat mit strebsamen Nachmannen sucht alleinstehende Dame, größeres Vermögen besitzend. Nur auf richtige Offerten erbeten an Fr. A. Widdich, Berlin W 30, Ballaststr. 6. [92]

Alfzidenzhobelmaschine neu oder gebraucht, sofort zu kaufen gesucht. Werte Offerten mit Preis unter J. 629 98. an Hausenlein & Vogler, A.-G., Stuttgart. [105]

Seher-Stereotypen tüchtige, selbständige Kraft, für dauernd gesucht. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen und Zeugnisabschriften erbeten an Prof. Herrmann Freiburg i. S., G. m. b. H. [126]

Faktor

erste Kraft, für größere moderne Buchdruckerei in Kristiania gesucht. Werte Offerten unter „Gute Stellung 3000-663“ erbeten an **Omnes Bureau**, Kristiania, Norwegen. [111]

Seher-Stereotypen tüchtig und sauber arbeitend, in jeder Beziehung verlässlich, insbesondere im Zettelnsteuern und in Stereotypieren vollständig selbständig, für dauernd gesucht. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen erbeten an H. Hübner, Rosenheim (Bayeren). [130]

Galvanoplastiker tüchtige, selbständige Kraft, für dauernd gesucht. Werte Offerten mit Gehaltsansprüchen erbeten an Carl Bind jr., Bielefeld. [930]

Werk- und Illustrationsdrucker

Gesucht zum baldigen Eintritte tüchtiger Werk- und Illustrationsdrucker. Nur erste Kräfte wollen sich melden. Aus-süßliche Angebote mit Zeugnissen, Mustern und Gehaltsansprüchen erbeten an E. Heinrich, Dresden S. 6. [136]

Mechaniker tüchtiger, junger, der schon in einer Schriftgießerei tätig war, gelucht, Bewerb. mit Angabe der Lohnanspr. und Befähigung der Zeugnisabschr. erbeten an Gebr. Klingenspor, Offenbach a. M. [137]

Temple Schneider Suche einige tüchtige zu sofortigen Eintritt auf dauernde Stellung. W. Rickwood, Frankfurt a. M. [187]

